

Zeitung der studentischen Selbstverwaltung

N^o 71

HVCH

Humboldt Universität collected Highlights



Editorial

Liebe (noch) Feriengenießende, Workaholics und sonstige HU-Interessent_innen,

es sind zwar noch Ferien, aber schon jetzt kann euch das Team der HUch!-Redaktion wieder einmal mit einer Ausgabe beehren. In euren Händen haltet ihr die HUch! 71. Auch diese druckfrische Ausgabe soll euch wieder viel Informatives aus dem hochschulpolitischen Dickicht, Neues aus dem Studierendenleben und im Schwerpunkt Diskutierbares zum Themenkomplex „Gentrifizierung“ liefern. Daneben gibt es Antworten auf die Fragen, was sich eigentlich mit den neuen Prüfungs- und Studienordnungen ändert und was die Büro eigentlich ist, die immer wieder mit Infoständen in HU Nähe aufwartet. Ein an Antisemitismusforschung geschulter Medienbeobachter nimmt die deutsche Berichterstattung über Israel näher unter die Lupe und die Neuauflage von Alexander Steins Werk „Adolf Hitler, Schüler der ‚Weisen von Zion‘“ wird rezensiert und im Kontext der wissenschaftlichen Literatur zu den „Protokollen der Weisen von Zion“ verortet. Ganz besonders freut sich die HUch!-Redaktion über den Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe: „Gentrifizierung muss das denn wirklich sein?“ Es stellte sich uns die Frage, ob denn ein Schwerpunkt zur diesem unsäglichen Thema im Angesicht der Vielzahl der bereits bestehenden Literatur sein muss. Eigentlich scheint doch über das Thema alles gesagt zu sein: die Feuilletons von FAZ über Spiegel bis hin zur TAZ haben das Thema eruiert, Radiosendungen und Demonstrationen wurden organisiert, linke Szenemagazine haben das Thema von vorne bis hinten durchgenommen und zahlreiche WG-Abende angehender Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen wurden zur Plattform des Gentrifizierungs-Talks. Und jetzt noch ein Schwerpunkt, noch dazu in einer Studi-Zeitung? Doch die äußerst problematische und sich weiter verschärfende Wohnsituation für Studierende und andere sowie die nicht weniger problematischen Reaktionen darauf, ließen uns diesen prägnanten Schwerpunkt zusammenstellen, der nur einen der leider nur einen knappen Einblick in die in die Weiten der Themen und Diskussionspunkte bietet.

Bis zur nächsten Ausgabe Anfang Mai verabschiedet sich die HUch! Redaktion und lädt dazu ein, wieder Artikel, Kommentare oder Interviews für die HUch! 72 einzusenden.

Bis dahin haltet gut durch,
eure HUch! Redaktion

Inhalt

S.3 Ordnungswahn

Über die Änderungen und Implikationen in den neuen Studien- und Prüfungsordnungen an der HU.

S.4 „Wir haben das Patentrezept“

Das Referat für Antifaschismus wirft einen genauen Blick auf das Weltbild der Bürgerrechtsbewegung Solidarität.

S.7 Auswege aus der Schuld

Ein Kommentar zur deutschen medialen Berichterstattung über vermeintliche Krisen Israels.

S. 9 Die „Weisen von Zion“ als Lehrmeister?

Eine Rezension der Neuauflage von Alexander Steins „Adolf Hitler, Schüler der ‚Weisen von Zion‘“,

Schwerpunkt

S. 11 Gentrification als politischer Kampfbegriff der Pioniere?

Kann der Gentrifizierungsbegriff als analytisches Werkzeug für aktuelle Veränderungen in den Stadtteilen dienen? Ein kritisches Resümee.

S. 13 Gentrification am Berliner Kollwitzplatz

Eine Bestandsaufnahme aktueller Veränderungen.

S.18 Die hässliche Seite der Gentrifizierung

Urbaner Revanchismus von New York bis Berlin.

Ordnungs- wahn

Oder die Änderungen in der Studien- und Prüfungsordnung

von K. Os

Es weht frischer Wind durch die Studien- und Prüfungsordnungen der HU, denn die „Fächerübergreifende Satzung zur Regelung von Zulassung, Studium und Prüfung“ – kurz ZSP – wird derzeit im Akademischen Senat (AS) beraten und soll im April 2012 verabschiedet werden. Aber diesmal verlangt kein ein wenig zu konformistischer Bildungsstreik die Revision, sondern der Gesetzgeber in Form des BerlHG¹, welches als letztes hochschulpolitisches Überbleibsel des mittlerweile abgelebten Rot-Roten Senats zurückgeblieben ist².

Vergleicht man die neue ZSP mit der abzulösenden und ebenfalls schon beschissenen ASSP³ fällt vor allem auf, dass viele politischen Grundsätze über Bord geworfen wurden. So wurde die Pflicht der Fächer z.B. überfachliche Gender- und Sozialkompetenzen zu vermitteln gänzlich gestrichen. Eine Randnotiz ist da nur, dass Studienpunkte (SP) nun Leistungspunkte (LP) heißen. Die praktischen Änderungen betreffen vor allem die Organisation des Studiums und damit die soziale Durchlässigkeit der HU.

Wahlfreiheit adé

Durch das BerlHG besteht die Möglichkeit für Immatrikulierte einer Berliner Hochschule an jeder(!) Lehrveranstaltung einer beliebigen Berliner Hochschule teilzunehmen. Das bedeutet, dass eine Studierende der Elektrotechnik der Beuthhochschule Vorlesungen in Rechtsmedizin besuchen kann. Durch diese Regelung ist es möglich neben dem eigenen Studium auch andere wissenschaftliche Interessen zu verfolgen, welche im eigenen Studium nicht angeboten werden. Diese Option besteht nach der neuen ZSP nur sehr eingeschränkt. Zwar kann man sich zu den Veranstaltungen anmelden, jedoch können die begrenzten Plätze zuerst nur an Studierende des Faches vergeben werden.

Alles was sie sagen kann gegen sie verwendet werden ...

Nicht wirklich neu ist die sogenannte „Obligatorische Studienfachberatung“ hinter deren Namen sich die bereits bekannte Zwangsberatung versteckt. Kommt man aufgrund des ökonomischen Zwangs arbeiten zu gehen nicht schnell genug im Studium voran (geplant sind mindestens 10 Studienpunkte pro Semester), wird man zum Rapport bestellt und muss sich erklären. Wer nicht kommt, wird exmatrikuliert. Da diese Maßnahme als Beratung getarnt ist, wird auch ein Gespräch zu den studienverzögernden Gründen geführt. Das Gespräch soll

dazu dienen, eine sogenannte Studienverlaufsvereinbarung auszuarbeiten und zu unterzeichnen. Wird diese nicht eingehalten, droht die Zwangsexmatrikulation. Wird die Studienverlaufsvereinbarung nicht unterschrieben, werden Auflagen erteilt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Auflagen härter sein können als die Studienverlaufsvereinbarung, welche man nicht unterzeichnen möchte. Werden die Auflagen nicht erfüllt, ja, richtig: Exmatrikulation. Es fällt schwer, hier nicht an die Wiedereingliederungsvereinbarung beim Jobcenter zu denken ...

Geht man davon aus, dass derzeit über 60 Prozent der Studierenden neben dem Studium arbeiten müssen⁴, wirkt eine derartige Regelung sozial selektiv, weil hauptsächlich diejenigen davon betroffen sind, deren Studium sich aufgrund ökonomischer Zwänge verlangsamt. Vom legitimen Recht auf (Studien-)Faulheit will ich hier noch gar nicht einmal reden. Und aus dieser Hölle gibt es auch kein Entkommen. Wer einmal zur Beratung geladen wurde, darf solange wiederkommen, bis er sie mindestens 30 Punkte pro Semester – also das Maximum schafft. So wird eine Mindestbelegverpflichtung von 30 LP durch die Hintertür eingeführt.

Studieren ohne Abitur? Bitte woanders!

Als § 11 bezeichnet man Studierende, welche kein Abitur haben und aufgrund einer Ausbildung plus Arbeit einen Hochschulzugang erworben haben. Diese Regelung wurde im BerlHG massiv ausgeweitet und soll jetzt anscheinend so unattraktiv wie möglich gemacht werden. Neben Einschränkungen durch die derzeit gültige Zugangssatzung der HU⁵ sollen sie einer gesonderten Studienfortschrittskontrolle unterzogen werden. So soll bei ihnen bereits nach zwei Semestern eine Zwangsberatung mit Auflagen und Zwangsexmatrikulation durchgeführt werden, wenn sie nicht mindestens 30 Studienpunkte erbracht haben. Während sich also „Normal“-Immatrikulierte etwas mehr Zeit lassen können, müssen § 11-Studierende die volle Leistung erbringen. Es muss bedacht werden, dass diese Gruppe von Studierenden aufgrund ihres Alters teilweise ganz andere Lebensrealitäten (Kinder, Job, fehlende BAföG-Förderung usw.) mitbringt als beispielsweise 19-jährige Abiturient_innen. Folglich kann oder besser soll eine derartige Einschränkung § 11 Studierende dazu verleiten, ihr Studium erst gar nicht anzufangen.

Fußnoten

- 1 Berliner Hochschulgesetz.
- 2 Zur Hochschulpolitischen Bilanz des sog. Rot-Roten Senats sei auf die nächste HucH! verwiesen.
- 3 HucH! Nr. 58, S. 4-5.
- 4 Aktuelle Sozialerhebung des Studentenwerks (sic!).
- 5 HucH! 68, S. 4-5.

„Wir haben das Patentrezept“

– Über das Weltbild der Bürgerrechtsbewegung Solidarität –

Referat für Antifaschismus

Immer wieder sind sie in Berlin anzutreffen. Mal stehen sie an der Friedrichstraße, am Alexanderplatz, auf dem Gendarmenmarkt oder an anderen zentralen Orten der Stadt. Beim Verteilen von Flyern und Zeitungen wirken sie auf den ersten Blick als seien sie harmlose Spinner, kapitalismuskritische Studierende, oder eine weitere globalisierungskritische Splittergruppe, die eine_r/m mit ihrer aufdringlichen Art von ihrem Gutmenschentum überzeugen wollen. Doch die Bürgerrechtsbewegung Solidarität, kurz BüSo, ist keineswegs nur ein Haufen alternativer, hippiesker Studis; sie ist Teil eines der bestorganisiertesten und finanzkräftigsten rechten Netzwerke außerhalb der originären Naziszene. BüSo gehört zu dem von Lyndon LaRouche geführten, weltweit agierenden politischen Netzwerk, das in erster Linie auf dem geschriebenen und gesprochenen Wort des Gründers und „Führers“ Lyndon LaRouche und seiner deutschen Ehefrau und Vorsitzenden von BüSo, Helga Zepp-LaRouche, beruht. Neben dieser als „Führerkult“ zu bezeichnenden Verehrung LaRouches, ist es vor allem ein verschwörungstheoretisches Weltbild, das die Grundlage des Denkens der LaRouche-Bewegung bildet. So behaupten sie, die Welt sei auf dem Weg in die Sklaverei, versklavt von einer Gruppe von Menschen, die wahlweise Finanzoligarchie, Britannien, synarchistische Internationale, Weltfinanzsystem oder auch zionistische Lobby genannt wird. LaRouche habe dies erkannt und nur er könne die Menschheit in eine freie Welt führen. Tatsächlich hat die Vorstellung davon, wie diese Welt aussehen soll, aber nicht im Geringsten etwas mit Freiheit zu tun. Vielmehr schwebt LaRouche eine faschistoide Gesellschaft vor, die den angeblich unterdrückten natürlichen Drang der Menschen nach produktiver Arbeit wieder herstellen soll und in der unter der Führung von LaRouche die Menschen zu einer arbeitenden Masse von BefehlsempfängerInnen verkommen, die dann von angeblich „verschwörerischen Elementen“ bereinigt seien. Mit AnhängerInnen von LaRouche ist freilich nicht darüber zu diskutieren, erscheint in ihrem paranoiden Weltbild doch jede_r, der oder die dem Plan LaRouches widerspricht, als Teil der Verschwörung. Die daran Beteiligten würden nicht nur an der Versklavung der Menschen arbeiten, sondern gleichzeitig natürlich auch gegen LaRouche vorgehen, da dieser deren Pläne erkannt hätte und er und seine AnhängerInnen so zur Gefahr geworden seien. Folglich ergibt sich eine Liste an „Feinden“, die nicht nur unendlich lang, sondern auch an Absurdität kaum zu überbieten ist. Auf ihr stehen dann zum Beispiel das britische Königshaus (der Klassiker unter Verschwörungstheorien), Greenpeace, die Gewerkschaf-

ten, bis hin zur Antifa und vielen mehr. LaRouche und mit ihm die deutsche Sektion BüSo, konstruieren sich so eine Welt, die kurz vor der Apokalypse steht und in der sie als Einzige aufrichtig für die Wahrheit kämpfen. Die aktuelle Weltwirtschafts- und Finanzkrise sehen sie dabei als Bestätigung ihrer Theorie, befindet sich die Wirtschaft doch seit 2007 in der „Endphase ihres systemischen Zusammenbruchs“¹. Gekommen wäre es soweit aber nur, weil die „Finanzoligarchie“ verhindert hätte, dass man auf LaRouche hört.

Die von LaRouche aufgemachte Teilung der Welt in gut und böse, in gute konkrete, natürliche und produktive Arbeit, sowie auf der anderen Seite schlechte, den Menschen ausbeutende abstrakte Finanzoligarchie, erinnert dabei nicht zufällig an die nationalsozialistische Unterteilung in raffendes und schaffendes Kapital. Gesellschaftliche Beziehungen treten hier nicht als solche in Erscheinung, sondern stellen sich als ein Gegensatz zwischen konkret und abstrakt dar. Die Produktion wird damit als etwas Natürliches angesehen, das vom Kapital zu lösen sei, während das Finanzkapital als abstrakt und „parasitär“ halluziniert wird. In einem Weltbild, wie dem von LaRouche, wird konkrete Arbeit hypostasiert, während der Grund allen Übels allein in der Form des Abstrakten gesucht wird. Eine reale Gestalt erhält diese bei LaRouche dann durch die Personifizierung der „Finanzoligarchie“, die für alles Leiden auf der Welt verantwortlich gemacht wird. Die Bezeichnung der als Feind ausgemachten Gruppe wechselt zwischen den oben genannten Begriffen, wobei seit dem September 2011 immer öfters von der „zionistischen Lobby“ die Rede ist. Neu ist diese von allen möglichen AntisemitInnen gebrauchte Formulierung, um den Antisemitismus notdürftig zu kaschieren, allerdings auch bei der LaRouche-Bewegung nicht. So schrieb zum Beispiel Helga Zepp LaRouche schon 1979 in der Zeitung „Neue Solidarität“: „Während in den USA niemand auch nur die geringsten Illusionen über die Macht der zionistischen Lobby über vor allem die gegenwärtige Administration hegt, ist der Einfluß einer verdeckt operierenden zionistischen Lobby in der Bundesrepublik bisher nur wenigen eingeweihten politischen Persönlichkeiten bekannt, nicht aber der breiten Bevölkerung. Und deshalb müssen wir den scheinheiligen Holocaust-Schwindel zum Anlaß nehmen, um diese ausländischen Agenten auffliegen zu lassen.“² Leider ist das Weltbild der BüSo in der Öffentlichkeit und auch unter Studierenden kaum bekannt und so können sie recht ungestört ihre Verschwörungstheorien verbreiten. Zwar konnte die BüSo mit ihrem, wie sie einmal auf Wahlplakaten warb, „Patentrezept“ bisher kaum

Stimmen gewinnen und auch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 in Berlin bekam sie gerade einmal 1.861 Stimmen, aber das heißt nicht, dass man sie einfach ignorieren sollte, denn leider werden immer wieder junge Menschen von dieser Gruppe angezogen. Was dies für den Einzelnen oder die Einzelne bedeutet, ist nicht zu unterschätzen, denn BüSo ist nicht nur eine Plattform zur Verbreitung von Verschwörungstheorien, sondern kann getrost als Sekte bezeichnet werden. Dies zeigt sich unter anderem auch in einer strikten Wissenshierarchie, der Vereinnahmung der gesamten Freizeit der Mitglieder, ständigen Umzügen, der Abtrennung sozialer Kontakte und der Beschwörung einer elitären Gruppenidentität. Deshalb wäre es wünschenswert, dass die BüSo in der Öffentlichkeit nicht mehr nur als eine harmlose Partei mit verrückten Thesen wahrgenommen wird, sondern als das was sie ist – eine rechte Sekte.

Fußnoten:

1 Aus dem Video „Warum sie uns mundtot machen wollen“ (<http://bueso.de/node/1134>).

2 Helga Zepp-LaRouche „Neue Solidarität“ 25.1.1979.



Brauchst du dein Geld zurück?

Referent_innenRat
(gesetzlich AStA) der HUB
Semesterticketbüro
Zuschüsse aus dem Sozialfonds

Alle Studierenden der HU & der KHB können einen
Zuschuss zum Semesterticket
beantragen!

Referent_innenRat der HUB
Semesterticketbüro
Invalidenstraße 110
10099 Berlin

semnix@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/semnix
tel. 2093 - 70296
fax 2093 - 70299

Aktuelle Antragsfrist: 02.01.2012 – 29.02.2012 [+ 14 Tage Nachfrist]
[Neuimmatrikulierte können bis 6 Wochen nach ihrer Einschreibung einen Antrag stellen]

Öffnungszeiten des Semesterticketbüros

	Büro Mitte [Invalidenstr. 110; Raum 533]	Büro Adlershof [Rudower Chaussee 25; Haus 2; Raum 324]
Innerhalb der Antragsfrist [04.01. - 28.02. & 01.06. - 31.07.]	Mo, Di, Fr 12:30 - 15:30 Mi 12:30 - 19:00	Do 10:45 - 15:00
Außerhalb der Antragsfrist [01.03. - 31.05. & 01.08. - 23.12.]	Mo 12:30 - 15:30 Mi 12:30 - 19:00	keine Sprechstunde
Studierende der KHB [Innerhalb & außerhalb der Antragsfrist]	Do 16:00 - 18:00	keine Sprechstunde

... Antragsformulare, Informationen & Aktuelles gibts auf unser Homepage...

A u s w e g e a u s d e r S c h u l d

Ein Kommentar zur deutschen medialen Berichterstattung über vermeintliche Krisen Israels

Referat für Internationalismus

Richard C. Schneider ist ein in München geborener Sohn ungarischer Shoa-Überlebender, Leiter des ARD-Fernsehstudios Tel Aviv und Betreiber des Videoblogs „Zwischen Mittelmeer und Jordan“, der auf der Webpräsenz von tagesschau.de zu finden ist. „Ein Riss geht durch Israel“ heißt der Titel eines Videos mit dem sich Schneider geradewegs in die deutsche Tradition schmähernder Israelberichterstattung einreihet. Nicht weniger als die Rolle der Frau stehe zur Verhandlung zwischen den säkularen und ultraorthodoxen Israelis, in welcher die Orthodoxen immer mehr ihrer Forderungen durchsetzen. Man müsse schon zugeben, die in den 90er Jahren gesungene Befürchtung des israelischen Sängers Aviv Geffen sei im Begriff, wahr zu werden: Der israelische Gottesstaat iranischer Gussart stehe vor der Tür, mit Rabbinern als Ayatollas.

Und in der Tat gibt es in Israel mal wieder Ärger mit den Ultraorthodoxen. So löste Ende letzten Jahres das achtjährige Mädchen Naama Margolis einen Skandal aus, als sie vor laufenden Kameras davon erzählte, ein Charedim habe sie auf ihrem Weg zur Schule bespuckt und beschimpft, da sie entgegen jüdisch-orthodoxem Dresscode Arme und Beine nicht bedeckt gehalten hätte. Dies ereignete sich in dem Jerusalemer Stadtteil Bet Schemesch, der als Hochburg der Ultraorthodoxen bekannt ist. Nicht nur werden dort Frauen angegangen, die sich weigern die (gesetzlich verbotene) Geschlechtertrennung in Bussen einzuhalten, selbst auf offener Straße kann man Probleme bekommen, wenn man als Frau in der falschen Gegend die nur für Männer vorgesehene Straßenseite benutzt.

Ebenso für Aufsehen hatte im Dezember Tanya Rosenblit gesorgt, als sie sich in einem Bus voller Ultraorthodoxer direkt hinter den Fahrer setzte und nachdrücklich verweigerte, im hinteren Teil des Busses Platz zu nehmen. Die Situation eskalierte schließlich, als einer von den im Bus anwesenden Charedims so vehement protestierte, dass die Polizei geholt werden musste, ehe der Bus (mit Tanya Rosenblit auf dem vordersten Platz) weiterfahren konnte. Dass es in bestimmten Buslinien und Busunternehmen für Frauen üblich ist, im hinteren und für Männer im vorderen Teil des Busses zu sitzen, wurde daraufhin erneut Gegenstand eines Eklats in der israelischen Gesellschaft.

So bedrückend es sein mag, von derartigen Vorfällen zu lesen, so fernab der Realität ist doch die Vorstellung, die Rechte der israelischen Frauen würden von den Ultraorthodoxen beschnitten werden können. Der Eindruck, den unter anderem Schneider in seinem Videoblog vermit-

telt, die Regierung würde die Rolle der Frau in der israelischen Gesellschaft mit den Orthodoxen ausfeilschen, ist falsch – vielmehr unterlässt die Regierung kaum eine Maßnahme, die Diskriminierung der Frauen in den orthodoxen Vierteln zu unterbinden. So gibt es in allen israelischen Bussen ein Hinweisschild, dass jeder Fahrgast sich seinen oder ihren Sitzplatz frei aussuchen könne. Dieser Hinweis besteht, seit das oberste israelische Gericht befunden hat, dass die Geschlechtersegregation in öffentlichen Verkehrsmitteln mit der Verfassung nicht kompatibel sei. Der israelische Polizeichef Yochanan Danino beteuerte derweil die Null-Toleranz-Linie der Polizei – jede Aufforderung an eine Frau, sich in die hinteren Reihen zu setzen, würde als Straftat gewertet und geahndet werden. Selbst der Staatspräsident Shimon Peres zögerte nicht dazu aufzurufen, gegen „eine Minderheit aufzustehen, die sich auf unerhörte Weise benimmt“. Ministerpräsident Netanjahu ermahnte, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern habe in Israel schon immer gegolten und sei auch in Zukunft nicht verhandelbar. Dabei ist es nicht nur die hohe Politik, sondern auch der allergrößte Teil der Bevölkerung, der die Bestrebungen der Ultraorthodoxen nicht hinnehmen will. Eine Demonstration von ungefähr 10.000 Menschen, die aus allen Teilen des Landes nach Jerusalem angereist kamen, erklärte sich wenige Tage nach dem Vorfall solidarisch mit Naama Margolis.

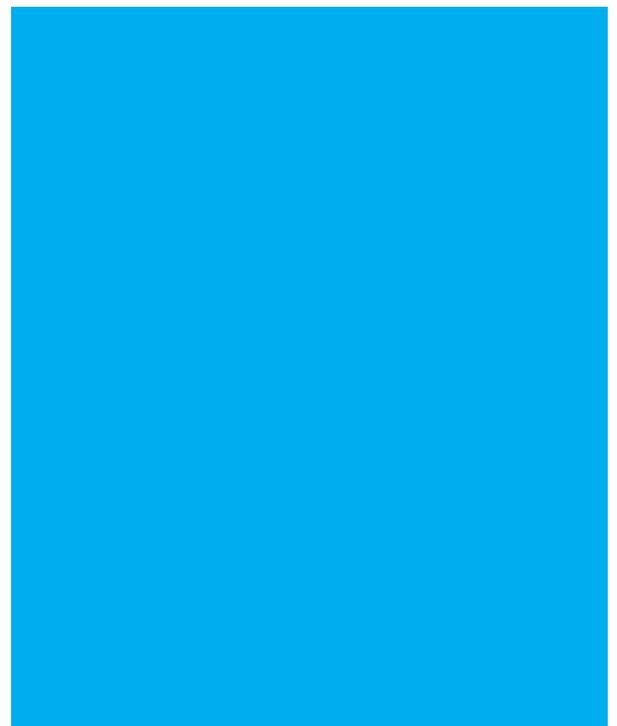
Wie kommt es also, dass Richard C. Schneider entgegen aller Faktenlage Israel mit dem Iran, einem Land, in dem Frauen wegen Ehebruch gesteinigt werden, vergleicht? Ist es die Sorge um den demographischen Wandel Israels, der den Bevölkerungsanteil der Ultraorthodoxen in einigen Jahrzehnten stark zu erhöhen droht? Soll sein Beitrag als Empfehlung an den israelischen Staat verstanden werden, auch in den privaten und explizit religiösen Bereichen seiner BürgerInnen zu intervenieren? Geht es ihm vielleicht um Frauenrechte an sich? Nein, denn während all das in der Berichterstattung keine Rolle spielt und der deutschen Medienlandschaft etwa gänzlich unbekannt zu sein scheint, dass in Ägypten nach wie vor 97% der Frauen Opfer von Genitalverstümmelung werden, ist jede innerisraelische Diskussion, aus der man diesem Staat mit auch noch so viel Phantasie einen Strick drehen könnte immer gefundenes Fressen für ausgiebige Specials und Themenschwerpunkte. Die Suche nach Gründen dieser Unausgeglichenheit führt nicht um das besondere Verhältnis zwischen dem Nachfolgestaat des Dritten Reiches und dem jüdischen Staat vorbei.

Es ist die Sehnsucht, dass sich Israel, der als Staat der

Shoa-Überlebenden das postnazistische schlechte Gewissen der Deutschen repräsentiert, selbst zu einem Unstaat mutieren möge, wie es das Dritte Reich war oder eben der Iran ist, die daraus spricht. Erinnert sei an den Spiegel vom Juli 1967, der den Sechstagekrieg auf seinem Titelblatt als „Israels Blitzkrieg“ und im Folgenden den damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dajan als „zweiten Rommel“ darstellte. Nichts könnte das Gewissen mehr beruhigen, die Schuld besser verschwinden machen, als wenn die Opfer von damals zu den Täter_innen von heute werden würden. Dieses Verlangen korreliert mit dem, was der Antisemitismusforschung als „sekundärer Antisemitismus“ bekannt ist. Die jüdischen Opfer und ihre Nachkommen erinnern allein durch ihre sichtbare Existenz an das Menschheitsverbrechen, das durch das deutscheste aller deutschen Regimes begangen wurde und stehen somit einem leichtfertigen Bekenntnis zur deutschen Nation im Weg. Als Weigerung, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen, wird das anti-jüdische Ressentiment in die Gegenwart transportiert. Jedoch scheint der Umgang mit der Judenvernichtung nicht mehr derselbe zu sein wie noch 1967. Während die Täter-Opfer-Relation im jungen Nachkriegsdeutschland vor allem mit Leugnung, Relativierung und der Schlussstrichforderung behandelt wurde, trägt die gegenwärtige Berliner Republik die Shoa eher demonstrativ als Vorzeigemodell einer erfolgreichen nationalen Aufarbeitung vor sich her. So werden Kriege nicht mehr „trotz, sondern gerade wegen Auschwitz“ geführt, Denkmäler ohne Scheu vor Kosten im großen Stil errichtet. Selbst die isolierten Neonazis sind gern gesehene Vorführobjekte, an denen ganz Deutschland demonstrieren kann, dass es mit den „Ewiggestrigen“ nichts mehr zu tun haben möchte. Ewiggestrig sind insofern auch jene NörglerInnen, die angesichts einer enthemmten deutschen Nation, wie sich der „Aufarbeitungsweltmeister“ etwa während der Fußball-WM gerierte, immer noch an Vernichtung und „totalen Krieg“ denken.

Es ist, als hätte Deutschland eingesehen, dass auch dann, wenn es Auschwitz aus dem Gedächtnis streichen könnte, der Rest der Welt, vor allem die Auschwitz-Überlebenden und ihre Kinder, nur durch ihr bloßes Dasein, immer wieder Salz in die zu heilende Wunde des nationalen Narzissmus streuen würden. Der Schritt, die Vergangenheit nicht mehr ruhen lassen zu wollen, sondern sie zu instrumentalisieren, um die Rehabilitation auf internationaler Ebene abzuschließen und wieder souveräne Politik betreiben zu können, ist zwar perfide, aber ohne Zweifel von Erfolg gekrönt. So sehr sich aber das vermeintlich gewandelte Deutschland die toten Juden und Jüdinnen

zu Nutze macht, so sehr erscheint die Läuterung als Farce, wenn es um den Umgang mit den Lebenden geht. Israel ist den Deutschen nach wie vor unbequem. Zwar geht auf der staatsoffiziellen Ebene alles seinen freundschaftlichen Gang, doch widerspricht die Raison des jüdischen Staates der deutschen Aufarbeitungsdevise: Eine Aufarbeitung, die glaubhaft wäre, müsste mit Entschiedenheit verneinen, dass sich Auschwitz jemals wiederholen könnte – sie müsste den Urgrund dessen, was geschehen ist, ausfindig machen und beheben. Da dies nicht geht, da jemand, der über den Kapitalismus nicht reden will, auch über den Faschismus schweigen sollte (Max Horkheimer), entpuppt sich die Aufarbeitung der Vergangenheit als Lüge. Auch wenn der nächste Angriff auf jüdische Existenz nicht mehr vom deutschen Boden ausgehen sollte, wäre es doch das deutsche Modell der Krisenlösung (siehe z.B. Gerhart Scheit), das zum Einsatz käme. Diese unzertrennbar mit der deutschen Nation verbundene Schuld ist es, die nach wie vor eine Sehnsucht nach Tilgung aufwirft, wie sie etwa in der Berichterstattung durchscheint. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit ginge nur mit einer Aufarbeitung dessen, „was Deutsch ist“, einher. Dass Deutschland die Schuld nicht zu überwinden vermag und dass der Wunsch nach der Barbarisierung Israels immer noch aktuell ist, spricht dafür, dass der sekundäre Antisemitismus keine abgetane Sache ist.



Die „Weisen von Zion“ als Lehrmeister ?

Alexander Steins (1881-1948) Analyse der Hitlerschen Weltanschauung

von Franziska Krahn

Dass Antisemitismus zwar nicht mehr so offen wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelebt werden kann, nichtsdestotrotz aber noch immer ein mehr oder minder integrierter Bestandteil europäischer Gesellschaften darstellt, muss nicht lange bewiesen werden. Die jüngst im Stern¹ abgedruckte Karikatur über den Finanzmarkt hätte so oder so ähnlich auch im Stürmer erscheinen können. Dass es darauf jedoch keinerlei bemerkbare Reaktionen gab, ist allerdings erstaunlich. Ist es doch hierzulande schwieriger geworden, Antisemitismus so einfach und ohne Widerspruch unter die Leute zu bringen – man habe ja schließlich aus der deutschen Vergangenheit gelernt und lässt sich auch nicht mehr ohne Weiteres von Charisma oder schicker Hugo Boss Kleidung täuschen.

Ein richtiger Verkaufsschlager, der den Antisemitismus als Konzept einer jüdischen Weltverschwörung zu vermitteln sucht, sind die seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst im europäischen Raum in Umlauf gebrachten „Protokolle der Weisen von Zion“. Der französische Antisemitismusforscher Henri Rollin behauptet gar, es sei das nach der Bibel am weitesten verbreitete Buch der Welt. Heute wird es vor allem im arabischen und russischen Raum erfolgreich vertrieben. Die Protokolle enthalten viele der seit Jahrhunderten überlieferten bösesten Lügen über die Juden, aber auch neue Elemente, wie etwa, dass die Juden für etliche Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts verantwortlich seien. Dass dieses so populäre Büchlein das Werk stümperhaft arbeitender Schreiberlinge ist, die sich vor allem bereits vorhandener Quellen bedienen und diese leicht abgewandelt zusammen setzten, muss ebenso wenig bewiesen werden – bereits etliche Autoren setzten sich in der Vergangenheit damit auseinander².

Trotzdem erschien im ça ira-Verlag Ende 2011 ein Buch zur Thematik – ein Werk, das bereits im Jahr 1936 erschienen war. Die Gründe für die Neuauflage geben die Herausgeber von Alexander Steins „Adolf Hitler, Schüler der »Weisen von Zion«“ selbst an: Lynn Ciminski und Martin Schmitt wollen mit der Herausgabe des Buches nicht zur Entlarvung der Protokolle als Fälschung beitragen, sondern auf andere Aspekte hinweisen. Stein beschäftigte sich nämlich nicht vornehmlich mit der Entlastung der Anklage gegen die Juden, sondern wusste vielmehr nachzuweisen, dass die Protokolle als Lehrbuch und Handlungsanweisung der nationalsozialistischen AntisemitInnen dienten. Damit kann Stein die Begeisterung der Nazis für die Protokolle angesichts des völkisch-germanischen Welteroberungsraums erklären.

Daneben schaffte er es, zentrale Aspekte der nationalsozialistischen Weltanschauung fassbar zu machen und das enorme Bedrohungs- und Vernichtungspotential der NS-Ideen von „Lebensraum“ und „Endlösung“ hervorzuheben, indem er Hitler beim Wort nahm. Mit seiner Analyse deckte Stein die letzten Ziele der NationalsozialistInnen auf, was seine Arbeit von vielen anderen Prognosen der Zeit abhebt.

Ein Großteil von Steins Buch macht das Nebeneinanderstellen von Auszügen aus den Protokollen und Hitlers „Mein Kampf“ bzw. der nationalistischen Praxis aus. Stein benutzte hierfür verschiedene Dokumente wie Zeitungsartikel, Reden und geheime Instruktionen des deutschen Propagandaministeriums, um seine Hauptthese zu untermauern, dass die Protokolle als Leitfaden für den nach Macht drängenden Nationalsozialismus dienten.

Resümee seines Vergleiches ist, dass die NS-Realität sogar schlimmer als die in den Protokollen formulierten Vorstellungen einer neuen Weltordnung ist, was allein die Errichtung von Konzentrationslagern deutlich mache. Beachtlich ist auch Steins Feststellung, der damals verbreitete Glaube an eine Wandlung der Terrorpolitik aufgrund einer eintretenden Normalisierung des NS-Systems sei ein utopischer: Judenhass und Terror seien so eng mit dem pathologischen Charakter des gesamten Systems verbunden, dass sie sich selbst preisgeben würden, wenn sie ihr Verhalten änderten.

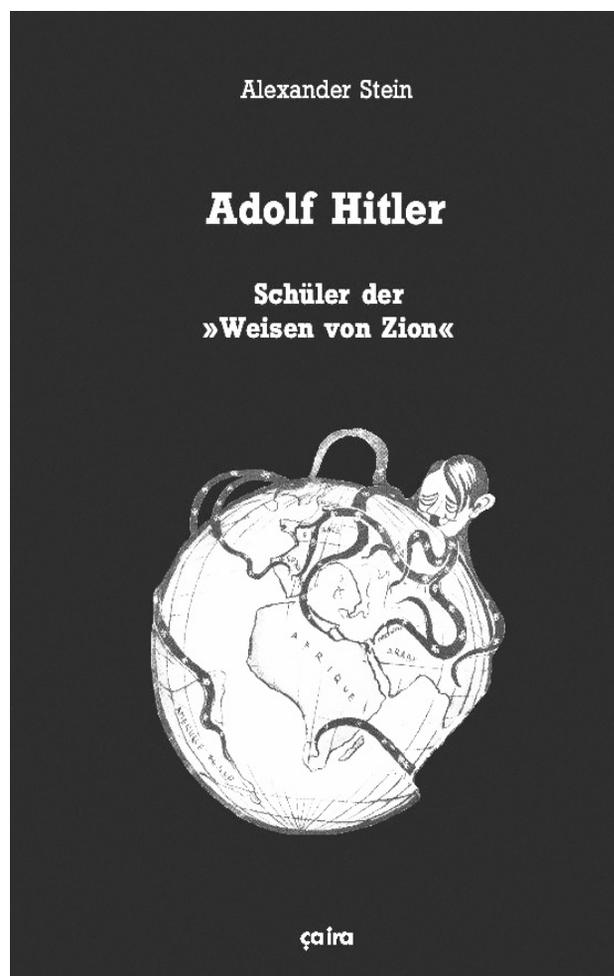
Ciminski und Schmitt haben sehr aufwendig und genau gearbeitet, um Steins Buch aus der Versenkung zu holen. Sie nahmen leichte Veränderungen am Text vor, um ihn lesbarer zu machen, überprüften die Zitate und ergänzten Steins Text um später erschienene Literatur. Sie selbst geben auf knapp einhundert Seiten einen Einblick in die Entstehung, Verbreitung und Bekämpfung der Protokolle, und beschreiben die sozialdemokratische Bewegung sowie Steins Verhältnis zu ihr. Außerdem konnten sie Steins Tochter Hanna Papanek, die mit ihm in die USA floh, für ihr Projekt gewinnen. Neben einer Bibliographie von Steins Veröffentlichungen erweitert sie das Buch um einen einführenden Aufsatz, der über den biographischen Hintergrund ihres Vaters aufklärt. So führt sie aus, wie Stein, Sohn einer jüdischen Handwerkerfamilie in Lettland, 1907 nach Berlin ging, wo er von Beginn an in sozialistischen Kreisen verkehrte, sich der USPD anschloss und 1925 als Bildungssekretär der SPD zu arbeiten begann. Ferner geht sie auf seine 1933 erfolgte Flucht in die Tschechoslowakei ein, wo er unter schweren Bedingungen seine Arbeit zu Hitler und den

Protokollen anfertigte; und äußert sich zu den schwierigen Bedingungen seiner 1938 begonnenen Auswanderung nach New York, wo er bis zu seinem Tod lebte und publizistisch aktiv war.

Nicht nur Steins Analyse, sondern auch sein biographischer Hintergrund, machen die Lektüre lesenswert. Wer allerdings noch das Urteil einer Koryphäe benötigt, um sich davon überzeugen zu lassen, dem sei gesagt: Auch Hannah Arendt beeindruckte Alexander Steins Arbeit und bedauerte sehr, dass sie lange Zeit kaum Beachtung fand.

[Alexander Stein: Adolf Hitler, Schüler der „Weisen von Zion“, 316 Seiten, 20 EUR,](#)

Herausgegeben und eingeleitet von Lynn Ciminski und Martin Schmitt. Mit einem Geleitwort von Hanna Papanek und einer historischen Kontextualisierung der Herausgeber



copyright: ca ira verlag

Fußnoten:

1 Vgl. Stern 50/2011 (08.12.2011), S. 34.

2 Als Standardwerke gelten heute Norman Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Zürich 1998; Ben-Itto, Hadassa: Die Protokolle der Weisen von Zion. Anatomie einer Fälschung, Berlin 1998 und Stephen Eric: Ein Gericht über die Juden. Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus, Berlin 1999

Berlin-Neukölln:

Gentrification als politischer Kampfbegriff der Pioniere?

von Benjamin Köhler

Seit der Öffnung des alten Berliner Flughafengeländes Tempelhof ist „Gentrification“ im Bezirk Berlin-Neukölln in aller Munde und prägt oftmals lokal-politische Debatten sowie wissenschaftliche Diskussionen. Während des Aktionstages „Squat Tempelhof“ zur Besetzung des Flughafengeländes Tempelhof im Sommer 2009 sah ich viele Pioniere mit Plakaten, wie „Stop Gentrification“ in der einen und einem Bier in der anderen Hand. Statt vor dem Zaun zu demonstrieren, wurde zu minimal-elektro auf den Straßen getanzt. Es scheint klar zu werden, dass es hier eher um einen hedonistischen Lebensstil geht und Gentrification allenfalls die Rolle des soziologischen Kampfbegriffs zugewiesen wird. Dabei wird Gentrification meist als existenzielles Bedrohungsszenario mit steigenden Mieten und Stadtteilverdrängungen skizziert.

Andere bekannte Beispiele in Berlin für städtischen Wandel sind die Simon-Dach-Straße im Friedrichshain oder der Kollwitz-Platz im Prenzlauer Berg. Beide Quartiere wurden Mitte der 90er Jahren von der Alternativszene heimgesucht, gehören heute zu den sogenannten besseren Wohnvierteln der Innenstadt. Diese Beispiele mögen vielleicht einige Fragen aufwerfen: Was meint Gentrification in der klassischen soziologischen Forschung? Welche Verantwortung tragen die Pioniere bei Verdrängungsprozessen?

Begriff Gentrification

„Gentrification“ (Glass 1964: 7) wurde erstmals von Ruth Glas zu Beginn der 60er Jahre geprägt, als sie in Anlehnung an den im 16. Jahrhundert stattfindenden städtischen Zuzug des englischen Landadels „gentry“ beschrieb, wie in London die gehobene Mittelschicht in innenstadtnahen Bezirken die Arbeiterklasse verdrängt. Die theoretischen Erklärungsansätze sind jedoch weit davon entfernt, einen universalen und allgemein gültigen Ansatz zu entwickeln, reißt doch gerade bei diesem Phänomen die Naht zwischen ökonomischen, politischen und sozialen Implikationen auf (vgl. Glatter 2007: 3). Allerdings ist diese Erkenntnis weder neu noch überraschend, so wissen wir doch seit Horkheimer, dass es objektive Wahrheiten in der Wissenschaft nicht gibt und diese immer auch abhängig von der politischen Perspektive sind (vgl. Horkheimer 1937: 162). Im deutschsprachigen Raum haben sich folgende zwei Ansätze durchgesetzt: „Gentrifizierung ist der Austausch einer statusniedrigen Bevölkerungsgruppe durch eine statushöhere Bevölkerungsgruppe in einem Wohngebiet“ (Friedrichs 1996: 14). Die zweite Begriffsbestimmung betont neben dem Bevölkerungsaustausch vor allem die

Umwandlung des Wohnungsbestandes sowie Modernisierungen und Reinvestitionen in die Infrastruktur des Quartiers (vgl. Blasius/ Dangschat 1990: 11). Die Stadtsoziolog_innen machen jedoch deutlich, dass es in ihren Theorieansätzen nur um idealtypische Modelle geht, denen empirische Nachweise fehlen. Marktmodelle gehen hingegen auf Veränderungen von Angebot und Nachfrage im Wohnungsmarkt ein, wobei Veränderungen im Einkommen als auch die Festsetzung von Mietobergrenzen eine Rolle spielen (vgl. Friedrichs 1996: 26). Lang weist darüber hinaus auf das Phänomen der „Symbolischen Gentrifizierung“ (Lang 1998: 30) hin, mit der das mediale Begleitkonzert sozialer Verdrängung beschrieben werden kann, noch bevor sie in diesem Maße im jeweiligen Bezirk überhaupt wahrgenommen wird. Dies bedeutet eine symbolische Aufwertung des Images vor der tatsächlichen Aufwertung eines Gebietes.

Pioniere & „Gentrifier“

Der Invasions-Sukzessions-Zyklus, der je nach Deutung drei bis fünf idealtypische Phasen umfasst und oftmals als Beschreibung von Gentrification dient, stellt insbesondere die Dominanz unterschiedlicher Akteure im Quartier in unterschiedlichen Zeiträumen in den Vordergrund. (vgl. Friedrichs 1996: 16; Dangschat/ Blasius 1990: 23):

Zu Beginn dominieren Alteingesessene, wie Ältere, Ärmere, Arbeitssuchende oder Migrant_innen das Quartier. Eine Infrastruktur aus ECKKneipen, Imbissen, Kramläden, Bäckereien, Discountern und anderen Low-Budget-Läden entstand. Bedingt durch unterschiedliche Einflussfaktoren, wie die Nähe zum Szene-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg oder günstigere Mieten, sind viele risikofreudige Pioniere in den ersten Jahren nach 2000 nach Neukölln gezogen. Dazu zählen vor allem junge Leute, wie Studierende, Kreative, Alternative und Aussteiger_innen, allesamt Personen, die nach Freiräumen zur Befriedigung ihrer gegenwärtigen Lebensstile suchen und einen Kiezwandel in Gang setzen. Die Pioniere schaffen sich im Quartier eine Alternativstruktur und neue Freiräume aus Kleinbühnen, Kneipenkollektiven und improvisierten Läden und Galerien, die weitere Pioniere dann im kulturellen Szene-Kiez anlockt und die Alteingesessenen schrittweise in andere Stadtteile verdrängen, da diese die Lebensstile nicht teilen oder weniger Einkommen haben. In Neukölln haben sich neue Alternativzentren wie der Weser-, Reuter- oder Schillerkiez entwickelt.

Öffentlichkeit und Wirtschaft zeigen zunehmend Interesse und investieren in Modernisierungen, die Mietpreise und das Interesse der zukünftigen „Gentrifier“ ansteigen lassen. In Berlin können dabei leichter Mietpreisangleichungen betrieben werden, da viele Pioniere aufgrund der Ausbildung nicht längerfristig bleiben und somit zu mehr Fluktuation in den Wohnungen sorgen. Gentrifizierer_innen und Pioniere teilen anfangs oft ähnliche Lebensstile und ein gemeinsames Interesse an Freizeit, Kunst und Kultur, haben jedoch unterschiedliche finanzielle Spielräume. Gentrifizierer_innen haben meist ein größeres Einkommen, sodass es zu Verdrängungen und zum Teil starken sozialen Protesten von Pionieren kommt. In Berlin finden sich beispielsweise an Häuserwänden Parolen wie „Yuppisierung ist Apartheid“ oder „Schwaben raus!“, oder Glasfassaden neuerrichteter Gebäude werden zerstört. Es bildet sich ein wohlhabendes Quartier mit neuer Infrastruktur und Freiräumen aus Boutiquen, Antiquitäten-Händlern, Designer-Läden und gehobenen Restaurants. In Neukölln gibt es für diese Phase noch keine Kennzeichen. Am Übergang zum Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain finden sich allerdings schon deutliche Hinweise auf gentrifizierte Wohnniveaus. Zudem wird zukünftig der Wandel des alten Flughafengeländes Tempelhof deutliche Auswirkungen auf den Quartiercharakter Neuköllns haben.

Freiheit ist immer auch die Freiheit des Anderen

Fest steht, dass soziale Räume einem ständigen Wandel unterliegen sind, Stadtquartiere keine starre Identität haben. Raum gilt hier als sozial konstruiert und identitätsstiftendes Gefüge, indem räumliche Bewegungen gesellschaftliche Ursachen haben (vgl. Hamm 2003: 277, Glatter 2007: 9). Die Frage nach Verdrängung unterliegt dabei der Perspektivität der Beobachtenden und damit einhergehend der politischen Bewertung. Besitzen doch die Pioniere wie auch Gentrifizierer_innen vor allem in der kultursoziologischen Lesart das gleiche kulturelle Kapital, das gemeinsame Interesse an Freizeit, Kunst und Kultur, fehlt den Pionieren hingegen nur das ökonomische Kapital, sodass sie mit weniger Einkommen und Besitz auf dem freien Wohnungsmarkt unterliegen sind. Dies führt zu sozialen Konflikten, wobei die politischen Debatten Gefahr laufen, „Gentrification“ auf die als ungerecht empfundene Veränderung im Kiez zu verkürzen und zum vermeintlich gesellschaftskritischen Kampfbegriff gegen die Bedrohung des eigenen Lebensstils zu stilisieren. Die Pioniere und die Kreativen, die ihren Lifestyle in den Kiez gebracht und dem Quartier ihre Szene aufgedrängt haben, spielen sich plötzlich als Verteidiger des Status Quo und von Migrant_innen, Ärmern und Älteren auf, die sie selbst mit ihrem Lebensstil und ihrem ökonomischen Vorteil verdrängt haben. Soziale Räume orientieren sich an ihren Einwohner_innen und deren jeweiligen kultur-historischen Kontext und verändern sich somit fortlaufend. Dies wird gerade

in Quartieren mit einer hohen Bevölkerungsfluktuation deutlich. Jeder Wandel hat neue Nischen und Entwicklungspfade ebenso wie den Verlust gewohnter Institutionen zur Folge. Nur Orte mit festen, blockierten Strukturen verändern sich nicht. Deutlich wird, dass der Gentrification-Begriff kaum als analytisches Werkzeug zur Bestimmung von städtischem Wandel herhalten kann und diesem somit nur noch die Kraft des Kampfbegriffes vor der Angst vor Invasor_innen in politischen Auseinandersetzungen bleibt. Wichtig wären gemeinsame Projekte, welche die verschiedenen Kontexte ihrer Nachbarn zu einer gemeinsamen Perspektive zusammenführen um heterogene Quartiere zu erhalten.

Lektüreempfehlungen:

- Blasius, J., Dangschat, J. (1990): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt/New York.
 Friedrichs, J.; Keeskes, R. (1996): Gentrification – Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen.
 Glas, R. (1964): Aspects of Change. In: Centre for urban studies. London.
 Glatter, J. (2007): Gentrification in Ostdeutschland – untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt. Dis. Dresden.
 Häusemann, H., Holm, A., Zunder, D. (2002): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Opladen.
 Lang, B. (1998): Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils. Frankfurt/Main.
 Hamm, B. (2003): Raum. In: Schäfers, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 277-78
 Horkheimer, M. (1937/1988): Traditionelle und kritische Theorie. In: Gesammelte Schriften. Bd. 4. Frankfurt.

Gentrification am Berliner Kollwitzplatz

eine aktuelle Bestandsaufnahme

von Franz Ambelang

Ein sommerlicher Samstagvormittag am Kollwitzplatz: Es ist Wochenmarkt. Gepflegte Eltern flanieren mit ihren fröhlichen Kindern von Stand zu Stand. Das Angebot reicht von Bio-Obst und -Gemüse vom Bauern über wohlriechende Gewürzstände bis hin zu handgefertigtem Schmuck oder stilvollen Küchenaccessoires. Für jeden Geschmack ist etwas dabei – doch gute Qualität hat ihren Preis. Rund um den „Kolle“ schlürfen sonnenhungrige Seelen ihren Milchkaffee in einem der zahlreichen Cafés und beobachten das geschäftige Treiben. Vom Spielplatz schallt Kindergeschrei herüber. Unter Aufsicht ihrer Eltern versuchen mutige Kinder die Bronze-Plastik der Käthe Kollwitz zu besteigen. Väter und Mütter unterhalten sich angeregt in kleinen Gruppen – man kennt sich. Jung und dynamisch – so präsentiert sich der Kollwitzplatz.

Solch eine Momentaufnahme wäre zu DDR-Zeiten anders ausgefallen. Der Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg im Bezirk Pankow hat in den letzten 20 Jahren einen starken Wandel erfahren. In den 1990er Jahren entstand hier Europas größtes zusammenhängendes Sanierungsgebiet. Besonders die Gegend um den grünen Kollwitzplatz mit seinen Gründerzeitgebäuden, die heute als Epizentrum der Modernisierung im Prenzlauer Berg gilt, weckte das Interesse der Stadtplaner, Investoren und Makler. Innerhalb kurzer Zeit wurde so eine tiefgreifende Entwicklungs- und Umwandlungsdynamik in Gang gesetzt.

Im Rahmen meiner Bachelorarbeit habe ich den Prozess der Gentrification im ehemaligen Sanierungsgebiet Kollwitzplatz von 1992 bis 2008 nachgezeichnet und anhand des Phasenmodells von Jürgen Friedrichs, das den Verlauf der Gentrification idealtypisch erklärt (vgl. Friedrichs 2000: 59-61), untersucht, wie weit die Gentrification am Berliner Kollwitzplatz fortgeschritten ist. Hierzu führte ich eine Sekundäranalyse durch, die auf einer quantitativen Sozialstudie vom Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) (vgl. PFE 2008) basierte.

Bei einer Vielzahl von verschiedenen Begriffsbestimmungen in der aktuellen Gentrificationforschung, ist es keine einfache Aufgabe, eine adäquate Definition des Phänomens Gentrification zu finden. Am geeignetsten scheint die Definition von Jan Glatter: „Gentrification ist der Zuzug statushöherer Bevölkerungsgruppen in Bestandsquartiere“ (Glatter 2007: 8). Diese prägnante Begriffsbestimmung hat den Vorteil, dass Gentrification deutlich von anderen Formen des Städtewandels abge-

grenzt werden kann. Häufige Folgen, wie die bauliche oder kulturelle Aufwertung, charakterisieren demnach nicht zwangsläufig Gentrification. Außerdem betont Jan Glatter, dass Gentrification nicht zwingend mit einer Verdrängung von statusniederen durch statushöhere Bevölkerungsgruppen einhergeht (vgl. Glatter 2007: 8).

Der empirische Teil der Arbeit hat gezeigt, dass sich der Aufwertungsprozess am Kollwitzplatz im Endstadium befindet, denn das Areal stellt sich heute als eine einkommenshomogene Wohngegend mit geringer sozialer Mischung dar. Das Gebiet gilt als „Enklave[...] des gehobenen Wohnens.“ (Holm 2010: 8). Die Zahlen sprechen für sich: Die hohe Anzahl von Abwanderungen und Zuzügen im Untersuchungszeitraum spricht für einen enormen Bevölkerungsaustausch und eine hohe Attraktivität des Gebiets. Lebten 1997 9.408 Personen im Untersuchungsgebiet, waren es 2008 11.421 EinwohnerInnen. Das entspricht einem Zuwachs von 20% innerhalb von 10 Jahren. Ein Blick auf die Wohndauer lässt auf einen hohen Bevölkerungsaustausch schließen: Nur 17,3% der BewohnerInnen lebten vor 1993 im Wohngebiet. 39% der Befragten zogen innerhalb der letzten drei Jahre in das Wohngebiet. Mit den Indikatoren Bevölkerungsentwicklung, Bildungs- und Gewerbestruktur sowie Einkommen konnte darüber hinaus nachgewiesen werden, dass vor allem nach der Jahrtausendwende ein verstärkter Zuzug von „Gentrifier“, die 18-45 Jahre alt sind, über eine hohe Bildung und ein hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügen und im Gebiet Familien gründen (vgl. Alisch / Dangschat 1996: 102), zu verbuchen ist. So nahm von 1992 bis 2008 der Anteil der 18-bis 45-Jährigen von 54% auf 64,7% zu. Darüber hinaus zeichnet sich die Gebietsbevölkerung am Kollwitzplatz durch ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau aus. 2008 hatten 65% der Einwohner Abitur und 48% einen Hochschulabschluss. Der AkademikerInnenanteil am Kollwitzplatz ist somit mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt. Betrug die Arbeitslosenquote 1992 noch 9%, wies das untersuchte Wohngebiet 2008 im Vergleich zu Berlin (14,2%) eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 5% auf. In diesem Zeitraum stieg die Erwerbsquote im Quartier von 57% auf 64%, womit sie 11% über dem Wert für Berlin lag. Das mittlere monatliche Haushaltseinkommen in 2008 lag mit 2.000 € deutlich über dem Berliner Wert (1.475 €). Damit weist das ehemalige Sanierungsgebiet Kollwitzplatz heute ein Einkommensniveau auf, das mit wohlhabenden Bezirken wie Steglitz-Zehlendorf vergleichbar ist.

Der hohe Anteil der sanierten Bausubstanz und die moderne Wohnungsausstattung sind Nebenprodukte der Gentrification am Kollwitzplatz. Der erhöhte Nachfrage- druck nach geräumigen und komfortablen Wohnungen lässt sich auf den verstärkten Zuzug von familiengründenden „Gentrifier“ zurückführen. Als Folge der Sanierungstätigkeiten seit Anfang der 1990er Jahre stiegen die Mieten kontinuierlich an, sodass das Gebiet heute ein überdurchschnittliches Mietniveau verzeichnet. Zwischen 1990 bis 1999 betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete nach Einzugsjahr in die Wohnung 4,49 €/qm, von 2000 bis 2004 5,70 €/qm und zwischen 2005 bis 2008 6,23 €/qm. Ab 2005 zugewanderte Haushalte bezahlten demnach im Durchschnitt 1,74 €/qm mehr als Zugezogene in den 1990er Jahren. Im Vergleich zum BBU-Durchschnittswert (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.) von 4,56 €/qm betrug die Nettokaltmiete im Untersuchungsgebiet 2008 5,05 €/qm. Das Niveau der Bestandsmieten kann daher bezogen auf Berlin als überdurchschnittlich eingestuft werden. Ein Blick auf das Angebot und die Nachfrage von Wohnraum verrät, dass ein extrem hoher Nachfrage- druck nach Wohnungen im Untersuchungsgebiet besteht. 2008 standen bei www.immobilienscout24.de 1.162 Angeboten 65.593 Gesuche gegenüber. Interessanterweise waren die Angebotsmieten bis zu 3,50 €/qm höher als die 2008 gezahlten Bestandsmieten. Aufgrund des hohen Nachfragedrucks sind daher weitere Mieterhöhungen in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich.

Daneben wurde die Gentrification am Kollwitzplatz von einer kulturellen Aufwertung bzw. Imageverbesserung des Quartiers begleitet, was sich in der Zunahme von Gastronomie, Geschäften oder kulturellen Einrichtungen wie der Kulturbrauerei, widerspiegelt. Vor allem in den letzten fünf Jahren haben sich Dienstleistungen der besonderen Art, die auf den Lebensstil der „Gentrifier“ schließen lassen, im Wohngebiet rund um den Kollwitzplatz angesiedelt. In dem kritischen Artikel „Bionade-Biedermeier“ von Hennig Sußebach heißt es:

[Am Kollwitzplatz befinden sich] Geschäfte, deren Namen viel verraten von den Menschen hier. Wie der Babymodenladen ‚Wunschkind‘. Oder das Schaufenster von ‚Sexy Mama‘ mit der aufreizend eng geschnittenen Schwangerenmode [...]. [...] Das Geschäft [LPG-Biomarkt], im Frühjahr eröffnet und mittlerweile die Kathedrale der Ökoschwaben, misst nach Angaben seiner Besitzer 0,3 Hektar und ist damit größter Ökosupermarkt Europas. [...] An einer Litfaßsäule [...] hat der Stadtteil seine Seele ausgehängt: Da wird ‚Fasten auf Hiddensee‘ angeboten, ‚Rat und Hilfe bei Elektromog‘, der ‚Pro und Contra-Impfen-Vortrag‘ einer Heilpraktikerin, die ‚ökologisch korrekte Riesterrete‘ und der ‚Workshop erholsamer Schlaf‘. [...] Die Erdgeschosse liegen schon im Schatten, als in einem eierschalenfarbenen renovierten Haus in der feinen Rykestraße das Kinderyoga beginnt (ZEITmagazin Leben: 2007).

Mit der Einstellung verschiedener Förderprogramme und den auslaufenden Mietobergrenzen wurden sozial schwache Bevölkerungsgruppen am Kollwitzplatz verstärkt Gentrifizierungsrisiken ausgesetzt. Aufgrund rasant steigender Mieten und der Zunahme von Eigentumswohnungen erhöhte sich die Verdrängungsgefahr für Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende, Rentner oder Arbeitslose. Genaue Aussagen über das Maß der Verdrängung lassen sich jedoch nicht machen, weil dies der „Messung des Unmessbaren“ (Holm: 2010: 62) gleichkommen würde. Zusammenfassend wird behauptet, dass das erwünschte Ziel, die Gebietsbevölkerung im Rahmen einer „behutsamen Stadterneuerung“ (vgl. Häußermann / Holm / Zunzer 2002: 23-26) zu erhalten, nicht erreicht werden konnte.

Hier könnten weiterführende Forschungsarbeiten anknüpfen und der Frage nachgehen, wie eine „behutsame Stadterneuerung“ in Zukunft realisiert werden kann oder ob sie überhaupt zeitgemäß ist. Darüber hinaus sollten die städtischen Konflikte als Folge der Gentrification künftig in der Stadtsoziologie stärker beleuchtet werden, denn die betroffenen Einwohner_innen reagieren mit Widerstand auf die hohen Mieten und die zunehmende Privatisierung. Neben gewaltvollen Protesten gründen Gentrificationgegner_innen Bündnisse wie „Recht auf die Stadt“ in Hamburg, die eine sozial gerechtere Wohnungspolitik anstreben.

Obwohl die Gentrificationforschung in Deutschland auf eine fast 30-jährige Geschichte zurückblicken kann, steht sie immer noch am Anfang. Neben einem wackligen Theoriegerüst hat die Forschung mit einer Reihe von methodischen Problemen zu kämpfen. Wie sollten sich zukünftige stadtsoziologische Untersuchungen an das komplexe Phänomen Gentrification annähern? Statt ausschließlich nach allgemeingültigen Gesetzen zu suchen, muss den spezifischen Bedingungen im untersuchten Stadtraum nachgegangen werden. Dazu ist ein umfangreiches Detailwissen über das jeweilige Untersuchungsgebiet erforderlich. Zur Erkenntnisgewinnung ist es außerdem dienlich, Nachbardisziplinen der Soziologie heranzuziehen. Daneben darf Gentrification im postmodernen Zeitalter nicht mehr ohne Globalisierung gedacht werden. Schließlich muss dem aktuellen Trend, Gentrification als einen politischen Kampfbegriff zu verstehen, durch eine disziplinierte Werturteilsfreiheit entgegen gewirkt werden.



Zum Autor

Franz Ambelang wurde in Berlin geboren und studierte European Studies (B.A.) mit den Schwerpunkten Soziologie und Hispanistik an der Universität Passau und an der Universidad de Granada. Derzeit absolviert er einen Master in Kulturwissenschaft und Kulturmanagement am Institut für Kulturmanagement in Ludwigsburg.

Literaturnachweis

Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. 1996: Die Akteure der Gentrifizierung und ihre „Karrieren“, in: Friedrichs, Jürgen/Kecskes, Robert (Hrsg.) 1996: Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen: Leske + Budrich. S. 96-129.

Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) 2008: Sanierungsgebiet Kollwitzplatz. Sozialstudie 2008. Berlin.

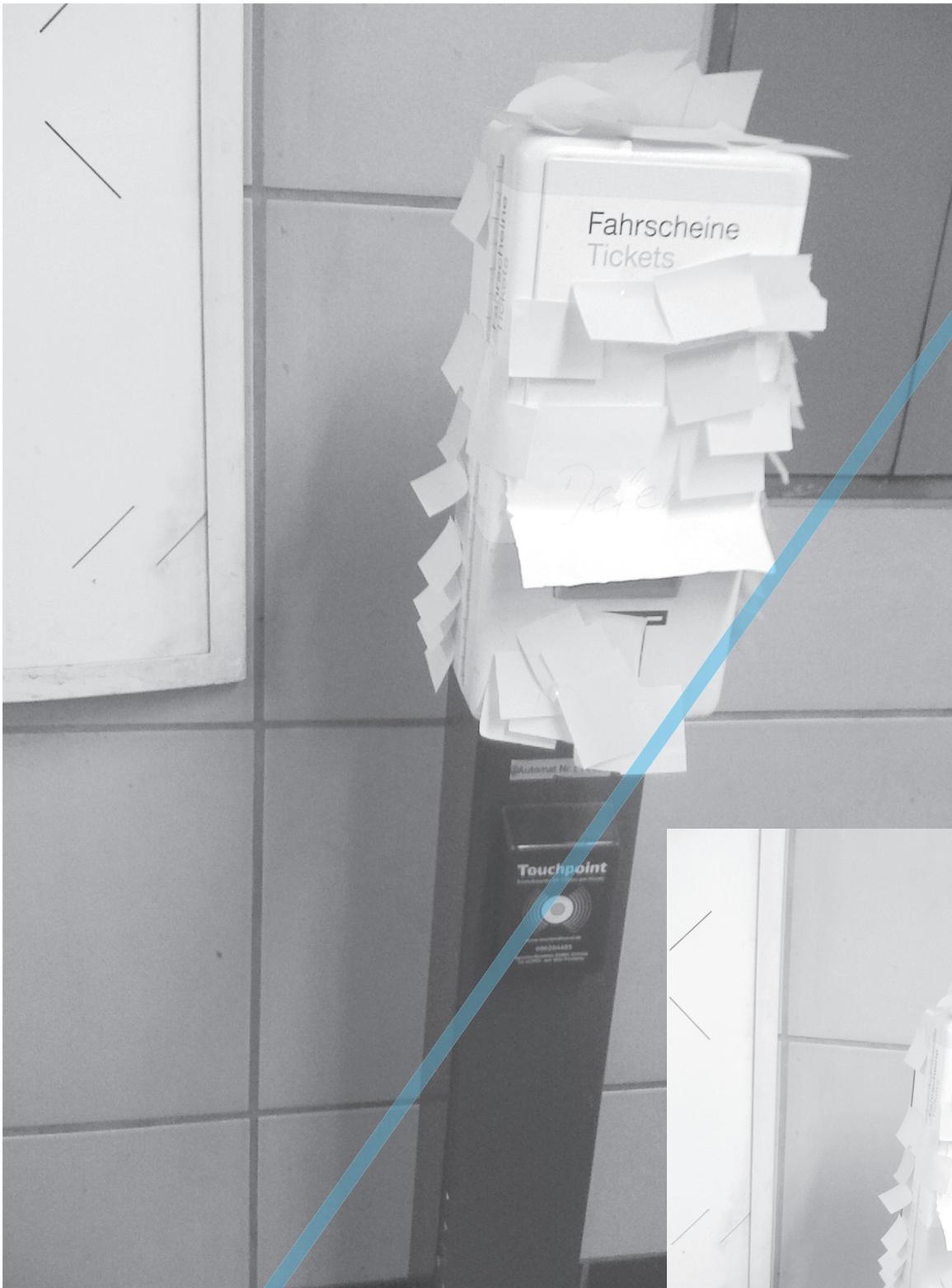
Friedrichs, Jürgen 2000: Gentrification, in: Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 2000: Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 57-66.

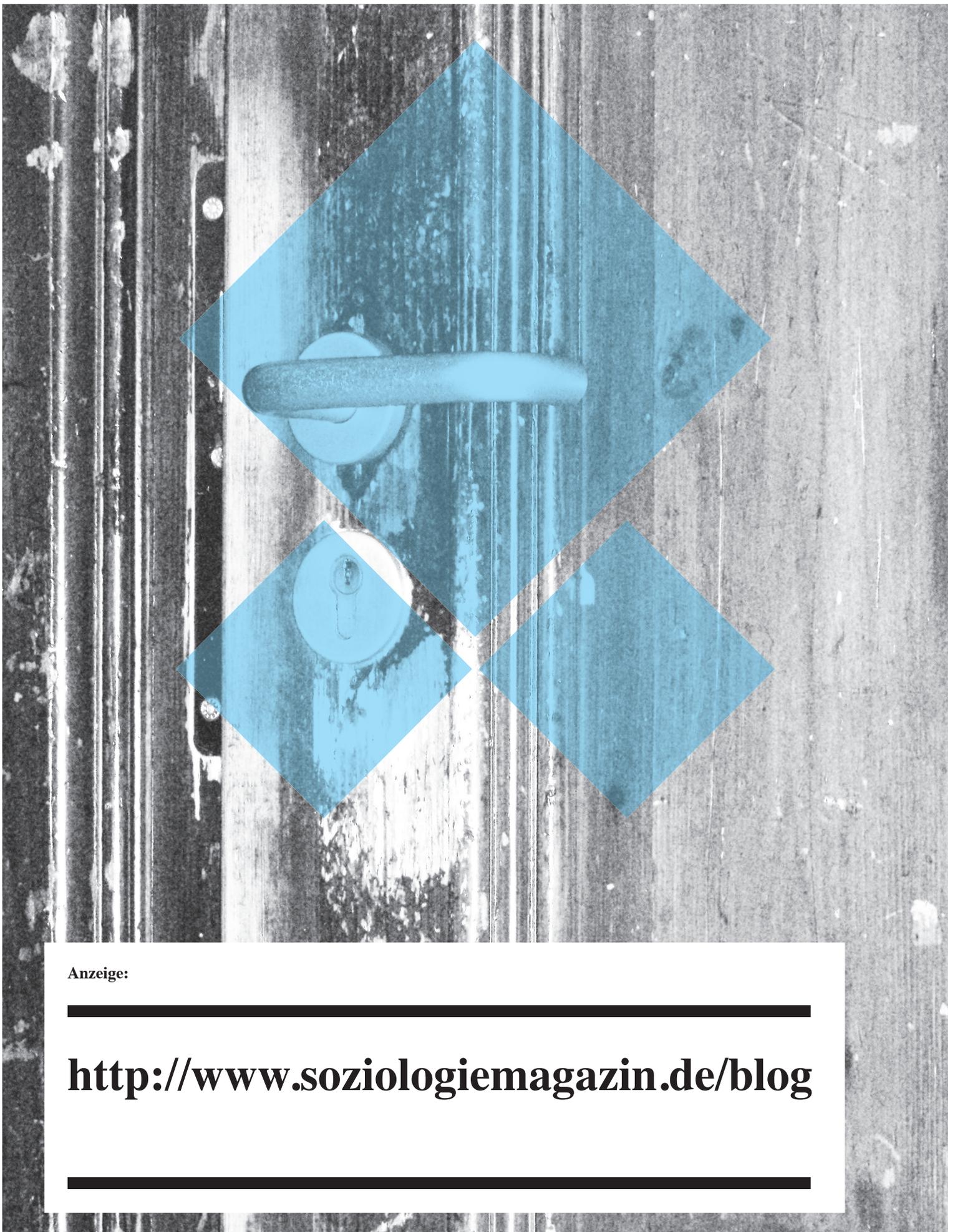
Glatter, Jan 2007: Gentrification in Ostdeutschland – untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt. Diss. Dresden: Institut für Geographie der Technischen Universität Dresden.

Häußermann, Hartmut / Holm, Andrej / Zunzer, Daniela 2002: Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg. Opladen: Leske + Budrich.

Holm, Andrej 2010: Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast-Verlag.

ZEITmagazin Leben Nr. 46, 2007: Bionade-Biedermeier, von Henning Sußebach.





Anzeige:

<http://www.soziologiemagazin.de/blog>

Die hässliche Seite der *Gentrifizierung*

Urbaner Revanchismus von New York nach Berlin

von Moritz Wichmann

„Unmittelbar mit der Gentrification-Strategie der Stadt verbunden, kombinierte der Revanchismus der 1990er Jahre eine antiliberaler politische Reaktion mit einer schon fast ontologisch zu nennenden Sehnsucht einiger nach Klassenrache. Kurz gefasst der Revanchismus der 1990er Jahre zielte auf eine Rückeroberung der Stadt mit der blanken Faust, markierte die Auflösung der liberalen städtischen Sicherheitspolitik des 20. Jahrhunderts“ (Smith 2007: 376).

Die Gentrifizierung ist Stadtgespräch in Berlin und das schon seit einiger Zeit. Auch in kritischen Kreisen herrscht dabei aber oft eine gewisse Hilflosigkeit vor, angesichts der überwiegenden Wahrnehmung von Gentrifizierung als marktvermitteltem Prozess „stumme Zwänge“, ein Prozess der zwar viel beklagt wird, aber so scheint es, nicht aufzuhalten ist. Während auch viele wissenschaftliche Theorien der Gentrifizierung diesen vor allem als einen ökonomischen Prozess beschreiben hat Neil Smith schon 1996 mit seinem Buch „Gentrification and the revanchist city“ auch auf seine politische Seite aufmerksam gemacht.

Das New York der 1990er Jahre beschreibt Smith als Schauplatz der Entstehung der revanchistischen Stadt. Unmittelbar verbunden und einhergehend mit der Gentrification-Politik der Stadt, sei der vorher vorherrschende liberale Urbanismus von einem post-liberalen, revanchistischen Urbanismus abgelöst worden. Mit der Entwicklung der revanchistischen Stadt sei der liberale Urbanismus, die Toleranz gegenüber der Präsenz von Randgruppen und abweichendem Verhalten ersetzt worden durch eine reaktionäre Rhetorik der Rache, einem moralistischen Diskurs über Verbrechen und einem Bedeutungszuwachs formeller sozialer Kontrolle in Form einer harten Polizeipolitik, schreibt Smith.

Liberaler Urbanismus und das Zusammenleben in der modernen Großstadt

Sicherheit und damit eine gewisse soziale Kontrolle stellt die Bedingung für die städtische Freiheit und das Zusammenleben im öffentlichen Raum dar. Gleichzeitig schränken alle Formen von Kontrolle die Anonymität, Verhaltensoffenheit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und damit das, was im klassischen liberalen Urbanismus seine besondere Qualität ausmacht, ein. Die Frage nach dem notwendigen Grad sozialer Kontrolle kann daher nicht als objektiv, sondern nur als politisch bestimmbar, umkämpft und kontextabhängig verstanden werden. Sie unterliegt bestimmten Konjunkturen. Die Theoretiker_innen der modernen Großstadt wie Georg

Simmel verstanden die Stadt gegenüber der dörflichen Gemeinschaft als einen Ort der relativ geringen sozialen Kontrolle. Doch dies war nicht nur eine Beobachtung, sondern auch ein normatives Ideal. Man verstand und propagierte die Städte als freiheitliche Orte, als Sitze der „Toleranz“ (Simmel) und des „Kosmopolitismus“ (Louis Wirth).

Der liberale Urbanismus war dabei immer nur einer der relativen Toleranz. Der Antiurbanismus, das Ressentiment gegen die Großstadt und die geringe soziale Kontrolle derselben, ihre Freiheit, Differenz und Konfliktfähigkeit hat eine lange Tradition und ist zu allen Zeiten in irgendeiner Form präsent gewesen. Aber insgesamt ist dieser Antiurbanismus moderiert und gekontert worden durch das wirtschaftliche Wachstum der fordistischen Stadt oder um es in den Worten des kürzlich verstorbenen Berliner Stadtsoziologen Häußermann zu sagen: mit einer funktionierenden sozialen oder auch systemischen Integration durch den Arbeitsmarkt. Der liberale bürgerliche Urbanismus ist geprägt vom „Optimismus, dass Urbanität als Lebensform gelingen könne“. Das Zusammenleben in der liberalen Großstadt ist demnach geprägt durch Indifferenz und Segregation gemäß der Maxime „Leben und leben lassen“.

New York: Die Mutter des revanchistischen Urbanismus

Neil Smith hat sein Konzept der revanchistischen Stadtpolitik mit einer Fallstudie zur Vertreibung der Obdachlosen aus dem Tompkins Square Park in der Lower Eastside in Manhattan entwickelt. Smith sieht diese als Teil einer Entwicklung hin zu einem umfassenden Paradigmenwechsel.

Zentral für die revanchistische Stadt ist ein politisch forcierter Diskurs um „Niedergang“ und Verfall“ der Stadt, einer „Breakdown-of-social-control panic“. Die ideologische Funktion und das Ziel dieses Diskurses ist eine entsprechend drastische Situationsdefinition bereitzuhalten, die einen hohen Handlungsdruck erzeugt, auf den als Reaktion auf die „Lage“ nur repressiv reagiert werden kann. Mit der Rhetorik der außer Kontrolle geratenen Stadt verbunden, sind dann Forderungen nach „Rückeroberung“ des öffentlichen Raumes, nach Revanche.

Smith bezeichnet die unter dem New Yorker Bürgermeister erstmals umfassend durchgesetzte und später unter dem Slogan von „Zero Tolerance“ weltweit exportierte Politik als „revanchistisch“, weil sie zentrale Merkmale der Politik der französischen Revanchisten des späten 19. Jahrhunderts teile. Für die Vertreter des französischen Revanchismus, die französische Rechte, bedeutete

das als liberalistisch und dekadent wahrgenommene monarchistische Regime, die Niederlage Frankreichs gegen Bismarck und der Aufstand der Pariser Kommune, eine Serie von Niederlagen. Gegen diesen Trend rief die französische Rechte nach Restauration, nach der Rückeroberung Frankreichs, nach Revanche an ihren politischen Gegnern, und versuchte durch das Säen von Unsicherheit, Angst und Terror in der Mehrheitsgesellschaft Unterstützung für eine reaktionäre und populistische Politik der Vergeltung gegenüber Minderheiten und den Zumutungen der Moderne zu generieren.

Im zwanzigsten Jahrhundert kam es in der Folge des „New Deals“ seit den 30er Jahren zur Expansion des Sozialstaats in den USA. Seit den 60er Jahren folgte zunehmend die politische Emanzipation von ethnischen Minderheiten, von Frauen und gesellschaftlichen Randgruppen und deren Auftreten als „powerful urban actors“. Sinnbildlich für das neue Selbstbewusstsein gesellschaftlicher Randgruppen und ihrer Aneignung der Stadt war das Camp von Obdachlosen im Tompkins Square Park in Manhattan. Ende der 80er Jahre war es dann der Börsencrash und die folgende Rezession, die auch die traditionell in New York herrschende (weiße) Mittelschicht traf und verunsicherte. In dieser Situation wurde der zuvor beschriebene Prozess als eine Serie von Niederlagen, als eine Bedrohung der eigenen Dominanz wahrgenommen.

Demgegenüber sei eine vertreibende revanchistische Stadtpolitik ein Versuch die Hegemonie über den öffentlichen Raum zurückzugewinnen bzw. nur Nutzungen desselben zuzulassen, die den Normen der weißen Mittelschicht entsprechen. Dem entsprechend war die neue New Yorker Polizeistrategie 1994 programmatisch mit „Reclaiming the public spaces of New York“ betitelt. Zurückerobert wurde in der Folge nicht nur der Tompkins Square Park. Es folgten gemäß des Schlagworts „Zero Tolerance“ und dem „Broken-Windows“-Konzept Kampagnen gegen Obdachlose, Autoscheibenputzer, Straßenhändler, Prostituierte, Hausbesetzer, Graffiti-Sprayer und Problemjugendliche und ihre Aneignung öffentlicher Räume.

Gentrifizierung und revanchistischer Urbanismus

Für Smith ist eine revanchistische Politik der polizeilichen Disziplinierung und Vertreibung von Randgruppen und Armen die „häßliche“ Begleiterscheinung zum neoliberalen Mantra von „mehr Markt“ und der Gentrification als ihrem städtischen Pendant. Sie sichert den

öffentlichen Raum für diese ab. Um den Einfluss der kreativen Klasse zu sichern, wird die störende Präsenz von Randgruppen zurückgedrängt bzw. unterbunden. Schon vor einigen Jahren haben amerikanische Stadtsoziolog_innen in einer Gegenüberstellung festgestellt, dass die amerikanischen Städte, die zu einem hohen Maße eine revanchistische Stadtpolitik gegenüber Minderheiten und Randgruppen umgesetzt haben, ebenfalls auf dem nach Richard Florida entwickelten „creativity-index“ über die Attraktivität einer Stadt für die „kreative Klasse“ die Spitzenpositionen einnehmen. Neil Smith beschreibt die revanchistische Stadt als die Stadt der kapitalistischen Post- oder Spätmoderne. Von New York aus habe sich der revanchistische Urbanismus weltweit ausgebreitet. Wenn das stimmt müsste er auch in Berlin anzutreffen sein.

Revanchistischer Urbanismus im Wedding

Boris Gresillon hat einmal gesagt das „Berlinertum“ sei geprägt durch eine Tradition von „Offenheit und Toleranz gegenüber Differenz“, durch eine Toleranz gegenüber marginalen Gruppen, die in Berlin ein gewisses Recht hätten auch in der inneren Stadt präsent zu sein, ja „integraler Bestandteil des kulturellen Mosaiks der Stadt“ seien. „Schmeißen Sie sich einfach Ihr liebstes Abendkleid über oder Ihren bequemsten Bademantel, ziehen Sie sich hochhackige Lederstiefel bis zum Arsch an oder Ihre Adiletten, (...) trinken Sie hier einen Kaffee oder essen einen Döner, ganz wie Sie wollen - es interessiert hier keine Sau.“ So beschreibt Heiko Werning den Wedding. Doch stimmt dieses Bild von großstädtischem „laissez-faire“ und urbaner Indifferenz? Oder gibt es auch im einstmaligen roten, heute unter Gentrifizierungsdruck stehenden Wedding eine revanchistische Stadtpolitik gegenüber dem öffentlichen Raum?

Eine Auseinandersetzung mit dieser Frage – unter vielen anderen – ist der Umgang mit Trinker_innen am Leopoldplatz in den letzten Jahren gewesen. Diese begann 2008 mit einer Unterschriftensammlung gegen die Präsenz von Trinkern am Leopoldplatz und öffentlichen Beschwerden von Gewerbetreibenden, Eltern des ansässigen Kindergartens der Nazarethkirche und wurde tatkräftig unterstützt von der CDU-Mitte. Der klare Anspruch auf „Landnahme“ der Beschwerdeführer verdeutlicht folgende damals verwandte Parole: „Raum für die Familien, nicht für die Penner“. Als Reaktion verkündete die von der SPD geführte Bezirksverwaltung Anfang 2009 ein Alkoholverbot am Leopoldplatz. SPD-Politiker_innen wie Martina Mattischok oder der

damalige Bezirksbürgermeister Christian Hanke meinten der Platz dürfe „nicht aufgegeben werden“. Am Leopoldplatz müsse der öffentliche Raum „zurückerobert“ werden. Begleitet wurde die versuchte Vertreibung der Trinker_innen durch das Alkoholverbot von einem revanchistischen Mediendiskurs, der den Leopoldplatz als dominiert von „Trinkern“, „Drogenhändlern“ und „Junkies“, „Bettlern“ und „Roma“ beschrieb. Er sei in einem Strudel des Niedergangs befindlicher „Schandfleck“ mit „Schmuddel-Image“ in dem Berlin „stinkend im Alkohol untergeht“. Daran anknüpfend wurde die „Rückeroberung“ und das „Aufräumen“ gegenüber den konstatierten Missständen gefordert.

Im Verlauf des Jahres wurde dann klar, dass die Vertreibung der Trinker_innen nicht durchzusetzen war. Begrenzte Kontrollmöglichkeiten des Bezirks und der Polizei, eine unsichere Rechtslage und die Resistenz und Eigensinnigkeit des „Millieus“, das sich nicht vertreiben ließ, machten das Verbot zur Farce. In dieser Situation schwenkte die Bezirksverwaltung um und hob das Alkoholverbot im März 2010 wieder auf. Die SPD betonte nun die „Suchtkranken“ nicht vertreiben, sondern ihnen helfen und mit ihnen leben zu wollen.

Ende 2010 führte eine Arbeitsgruppe des Instituts für Sozialwissenschaften unter Leitung von Prof. Dr. Talja Blokland eine Umfrage zu Sicherheit und Unsicherheit im öffentlichen Raum und der Wahrnehmung des Zusammenlebens im Wedding durch. Die Ergebnisse sind nicht nur vor dem Hintergrund des Nutzungskonflikts am Leopoldplatz zwischen der dort präsenten Armut und den Ansprüchen von Teilen der gegen die „Trinker-Szene“ intervenierenden „Mittelschicht“ zu sehen, sondern auch vor dem medial präsenten Bild des Wedding als ein von Kriminalität dominiertem Angstraum.

Aus der Sicht der Mehrheit der Befragten zeichnet sich das Zusammenleben im Viertel durch eine Pluralität der Normen und Werte, eine gewisse Anonymität und einer eher geringen sozialen Kontrolle vor allem bei abweichendem Verhalten und generell einer gewissen Indifferenz aus.

Das Viertel wird dabei trotzdem mehrheitlich als sicher, der Umgang als angenehm eingestuft, die Mehrheit der Befragten fühlt sich im Viertel zu Hause. Eine Entfremdung lässt sich nur bei einer kleinen Minderheit erkennen und eine große Gruppe fühlt sich gar verwurzelt. Die Mehrheit der Bewohner_innen ist mit der Arbeit der Polizei zufrieden, unterstützt die Forderung nach mehr Polizei nicht, lehnt ein Bild von Niedergang und Verfall

ab. Eine Mehrheit der Befragten ist offensichtlich der Situation „gewachsen“.

Bei einigen Fragen stärker, bei einigen Fragen schwächer, lässt sich aber auch eine Polarisierung und Gruppenbildung feststellen. Es gibt offenbar eine Gruppe, etwa ein Viertel unter den Befragten, die das Zusammenleben im Viertel als krisenhaft erlebt, ein Defizit sozialer Kontrolle wahrnimmt und revanchistische Positionen gegenüber dem öffentlichen Raum unterstützt.

Sowohl der Konflikt am Leopoldplatz als auch die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein zwiespältiges Bild. Berlin ist nicht New York. In Berlin gibt es Notunterkünfte für Obdachlose und statt der berühmten Flasche in der Papiertüte ist Alkoholkonsum im öffentlichen Raum in Berlin weitgehend akzeptiert. Eine klar revanchistische Politik ist am Leopoldplatz gescheitert und dies entspricht der mehrheitlichen Stimmung der BewohnerInnen des Wedding. Gleichzeitig gab es den Versuch einer revanchistischen Stadtpolitik, gibt es einen revanchistischen medialen Diskurs über den Leopoldplatz und eine gewisse Unterstützung für eine solche Politik, einen „volkstümlich-populären“ Revanchismus von unten.

Revanchistischer Urbanismus in Berlin

Auch wenn der Einfluss der regierenden Sozialdemokratie und die liberale politische Kultur Berlins revanchistische Politik abschwächen, ist Berlin keine Ausnahme von der Globalität der revanchistischen Stadt, die selbst im einstmaligen roten Wedding angekommen ist. In die Bezirkspolitik, und, so ist zu vermuten, auch in die Berliner Stadtpolitik generell, sind Elemente einer revanchistischen Politik „eingewoben“. Dies gilt umso mehr, als im Falle von anderen Nutzungskonflikten in Berlin weniger integrativ die Interessen und Normen der Mittelschicht durchgesetzt werden, wie weitere eingeführte und fortbestehende Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen in anderen Bezirken Berlins zeigen. Weitere deutlich repressiver „gelöste“ Nutzungskonflikte sind die Vertreibung der Drogenszene am Kottbusser Tor, das Vorgehen gegen den offenen Drogenverkauf im Görlitzer Park und das aggressive Vorgehen der „Taskforce Ockerstraße“ gegen Trinker_innen und Roma in Neukölln. Sowohl im Fall des Leopoldplatzes als auch bei den zuvor beschriebenen Orten wurde abweichendes Verhalten oder die Präsenz von Randgruppen, welches zuvor toleriert und mit welchem zuvor gelebt wurde, in einer bestimmten Situation problematisiert: im Zuge erwarteter oder laufender Gentrifizierung. 2011 wurde der Leopoldplatz umgewertet um „neue NutzerInnengruppen“ anzuziehen. Ebenfalls

letztes Jahr wurde das Gebiet rund um die Müllerstraße und den Leopoldplatz zum Sanierungsgebiet erklärt.

Eine politische Frage

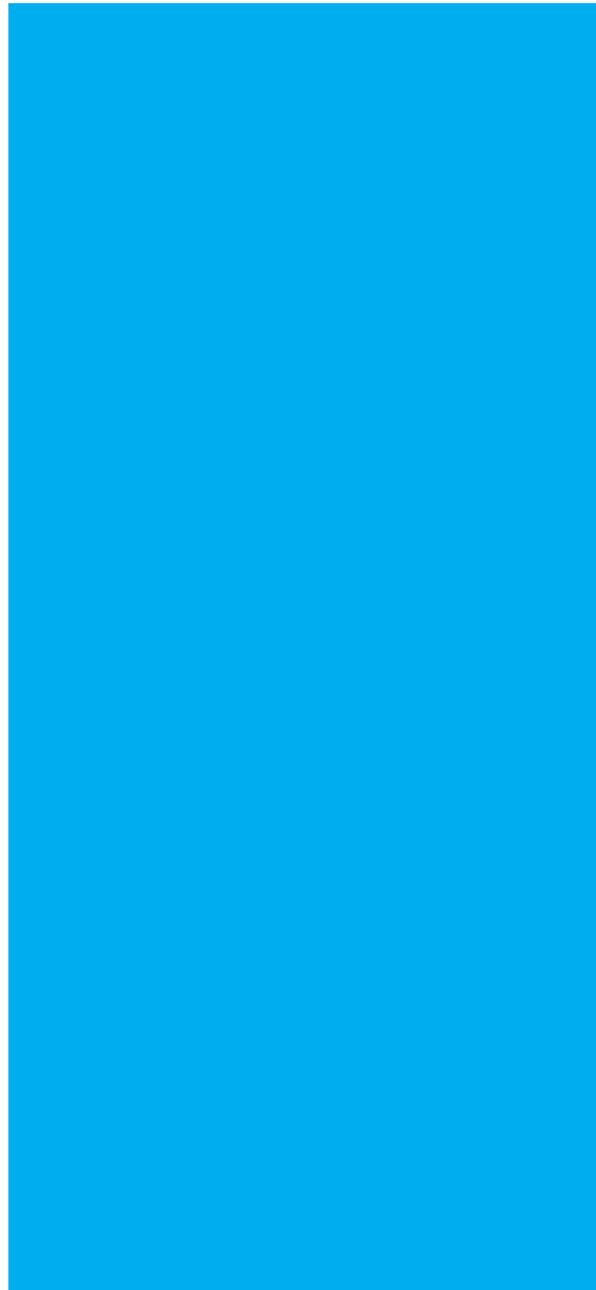
Der theoretische Ansatz eine solche Politik als revanchistischen Urbanismus zu benennen und zu kritisieren heißt zu zeigen, dass Randgruppen und Arme im Zuge der Gentrifizierung nicht nur ökonomisch über die Mechanismen des Wohnungsmarktes, sondern auch polizeilich verdrängt werden und das dies eine bewusste Entscheidung und politischer Wille ist.

Die Umfragedaten aus dem Wedding zeigen, dass die Mittelschicht im Wedding mehrheitlich revanchistische Positionen ablehnt und innerhalb der Mittelschicht, so ist zu vermuten, weiterhin ein liberaler Urbanismus vorherrscht. Das Beispiel New York zeigt dabei, wie schnell ein solcher liberaler Konsens erodieren und umschwenken kann. Auch in Deutschland ist es in den letzten Jahren im Zuge der Wirtschaftskrise und angefeuert durch politische und mediale Eliten zu einer „deutlichen Vereisung des sozialen Klimas“ gekommen und es werden Formen einer „rohen Bürgerlichkeit“ stärker, wie zuletzt Ende letzten Jahres die Studie „Deutsche Zustände 2011“ von Wilhelm Heitmeyer zeigte.

Das Fallbeispiel Leopoldplatz zeigt aber auch, dass in Berlin die Politik der sozialen Kontrolle des öffentlichen Raumes ein umkämpftes Feld ist, das keineswegs, wie in vielen amerikanischen, aber auch in anderen Städten weltweit, unangefochten von einem revanchistischen Urbanismus dominiert ist, bzw. sein muss. Vielmehr bliebe in der Tradition einer linken Sozialstaatskritik zu untersuchen, inwieweit Berlin für einen „Revanchismus light“ steht, ob der nach dem Scheitern revanchistischer Politik erfolgte Umbau des Leopoldplatzes nun einerseits dem Modell des „domestication through cappuccino“ (Sharon Zukin), also der Zurückdrängung von Armut durch die Präsenz von Mittelschicht-Nutzungen einerseits und der „softeren“ repressiv-integrativen Devise von sozialarbeiterischer „Einhegung statt Ausgrenzung“ von Armut andererseits, die Andrej Holm am Beispiel des Helmholtzplatzes als „behutsame Verdrängung“ und „ausgrenzende Einbeziehung“ beschrieben hat, folgt.

Eine Intervention gegen einen revanchistischen Urbanismus ist möglich und kann erfolgreich sein, wie nicht nur das 2010 gescheiterte Alkoholverbot am Leopoldplatz zeigt, sondern auch die erfolgreiche Intervention einer Allianz aus kritischen BürgerInnen und sozialen Bewegungen 2011 in Hamburg gegen die versuchte Vertreibung der „Obdachlosen der Kerstin-Miles Brücke“ in Hamburg, St. Pauli. Gegen den Sozialchauvinismus

und Rechtspopulismus des urbanen Revanchismus muss deutlich ausgesprochen werden, dass zur Stadt auch das Aushalten von und der gelernte Umgang mit Unsicherheit, die Anerkennung und die Toleranz der Präsenz von Armut und abweichendem Verhalten gehört. Letztlich geht es dabei um die Frage, ob die Stadt ein Ort der relativen Toleranz und Freiheit bleibt oder zunehmend von einer „Klassenrache“ gegen Minderheiten und Randgruppen regiert wird.



STUDENTISCHE SOZIALBERATUNG

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Mitte: Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
Email: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.allgemein
Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2, Raum 324
Tel.: 030 / 2093 - 54 76
www.refrat.de/beratung.ahof

Sprechzeiten

Mitte: Mittwochs 14-16 Uhr
Adlershof: Dienstags 10-14 Uhr (nur April bis Juli und Oktober bis Februar)

Allgemeine Rechtsberatung

Rechtsanwältinnen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten

Monbijoustr. 3, Raum 16

Aktuelle Schwerpunkte:
www.refrat.de/beratung.recht.termine
oder im RefRat erfragbar: (030) 2093 -2603 oder -2614

Sprechzeiten

Mittwochs 18-20 Uhr
Während der Semesterferien: Mittwochs vierzehntägig, 18-20 Uhr

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Dorotheenstraße 17, Raum 2 (Beratungsraum im RefRat)

Aktuelle Termine unter:
(030) 2093 -2603 oder -2614
www.refrat.de/beratung.hoporecht

Sprechzeiten

Mittwochs und Donnerstags 14-18 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 14-18 Uhr

Semesterticketbüro

Mitte: Invalidenstr. 110, Räume: 533 und 535 (Neue Adresse!)
Tel.: 030 / 20 93 - 70296
Fax: 030 / 20 93 - 70299
semtix@refrat.hu-berlin.de
www.semtix.de
Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2/Raum 324
Tel.: 030 / 20 93 - 54 76
semtix@refrat.hu-berlin.de
www.semtix.de

Sprechzeiten

Mitte:
Für Studierende der HU:
Montags 12:30-15:30 Uhr; Mittwochs 12:30-19 Uhr
Januar, Februar, Juni und Juli:
Montags, Dienstags und Freitags 12-15 Uhr, Mittwochs 12-19 Uhr
Für Studierende der Kunsthochschule Weißensee:
Donnerstags 16-18 Uhr
Adlershof:
Donnerstags 10:45-15 Uhr (nur Januar, Februar, Juni und Juli)

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45
beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.arbeit

Sprechzeiten

Mittwochs und Donnerstags 14-18 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 14-18 Uhr

Beratung zu BAföG und Unterhalt

Monbijoustr. 3, Raum 15
Tel.: 030 / 20 93 - 10 60
beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.bafog

Sprechzeiten

Montags und Donnerstags 14-18 Uhr; Mittwochs: 10-18 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 10-16 Uhr

Beratung für ausländische Studierende

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 10 62
beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.auslaenderinnen

Sprechzeiten

Montags, Mittwochs und Donnerstags 12-16:30 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 12:30-16:30 Uhr und n.V.

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
Email: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.kind

Sprechzeiten

Montags 12-15:30 Uhr; Mittwochs 10-13:30 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 9-13:30 Uhr und n.V.

Beratung für Studierende mit Behinderung / chronischer Erkrankung Enthinderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45
beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.enthinderung.html

Sprechzeiten

Montags 13:30-18 Uhr; Mittwochs 9-13:30 Uhr
März, August und September: nur Mittwochs 9-13:30 Uhr und n. V.

Überforderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
ueberforderung@refrat.hu-berlin.de

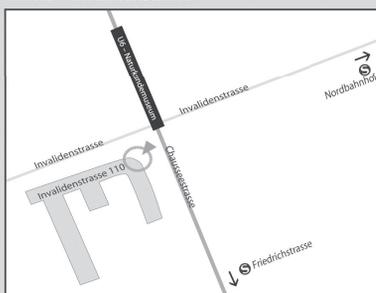
Sprechzeiten

1. und 3. Donnerstag im Monat 17-19 Uhr

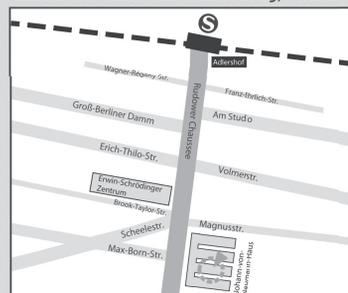
Mitte – Hauptgebäude und Monbijoustr. 3



Mitte – Invalidenstr. 110



Adlershof – Rudower Chaussee 25, Haus 2





Rechtsberatung

Immer mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr in der Monbijoustr. 3 im Raum 16

07.03.

/// Zivilrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht

RA Benjamin Raabe

/// Ausländer_innenrecht

RA Volker Gerloff

21.03.

/// Strafrecht, Zivilrecht

RA Ols Weidmann

04.04.

/// Zivilrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht

RA Stefan Markschläger

/// Ausländer_innenrecht

RA Volker Gerloff

18.04.

/// Strafrecht, Zivilrecht

RA Sven Lindemann

25.04.

///Zivilrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht

RA Benjamin Raabe



impresum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“
Hunter S. Thompson

Anschrift: HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6, 10099 Berlin // huch@refrat.hu-berlin.de // www.refrat.de/huch
HerausgeberIn: ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA).

Redaktion: Tobias Becker, Elisabeth Lambrecht (V.i.S.d.P.), Franziska Krahl, Referat für Antifaschismus, Referat für Internationalismus, Benjamin Köhler, Franz Ambelang, Moritz Wichmann, Referat für Soziales, Layout und Illustrationen: Lukas Mertens, Druck Union Druck, Auflage 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:
/// Angabe der Autorin oder des Autors // Nichtkommerzielle Verwendung // Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen sich weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. Redaktionsschluss für die Nr. 72 ist der 15. April 2012